

## Aus der Arbeit der Parteien ABB

**Bezahlbares Leben für Alle!****Kundgebung auf dem Peter-Fryns-Platz in Bornheim**

Auch wir Bornheimer Bürgerinnen und Bürger sowie mittelständische Betriebe in Bornheim leiden unter den drastisch gestiegenen Energiepreisen, die teilweise um 300% gestiegen sind.

Die Planungen der Stadt Bornheim basierten bis vor kurzen noch auf niedrige Zinsen und „normale“ Energiekosten. Wenn die Preisentwicklungen für Energien und im Bausektor (Inflation 8 - 10%) so weitergehen, werden viele notwendige Projekte mit den derzeitigen Einnahmen der Stadt nicht mehr zu finanzieren sein.

Das führt dann nach der „Logik“ der Bornheimer Ampelparteien incl. CDU erneut zur Erhöhung der Gebühren für städtische Leistungen und auch zur Erhöhung der Grundsteuern oder die Projekte werden gestrichen. Auf die Idee, statt ständiger Steuer- und Gebührenerhöhungen vor Ort die Änderung der Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene einzufordern (Energie- und Klimapolitik, Flüchtlingspolitik ändern) kommen sie nicht.

In der aktuellen Diskussion um den Haushaltsplanentwurf 2023/2024 sollen folgende Steuern erhöht werden: Grundsteuer A steigt von 290 auf 375 Punkte (+29,3%), Grundsteuer B steigt von 695 auf 825 Punkte (+18,7%) und die Gewerbesteuer soll von 490 auf 575 Punkte (+17,3%) angehoben werden. Der Wasserpreis soll auch wieder erhöht werden.

**Wir können als Bürgerinnen und Bürger nicht mehr tatenlos zusehen wie private und städtische Haushalte sowie mittelständische Betriebe durch eine irrwitzig falsche Energiepolitik des Bundes in**

**den Ruin getrieben werden.**

Die Parteien, die das in Berlin zu verantworten haben sind die gleichen Parteien, die das in Bornheim jetzt umsetzen wollen. Wir werden nicht nur beim privaten Energieverbrauch brutal zur Kasse gebeten sondern nun auch zusätzlich über den Haushalt unserer Stadt mit erhöhten Grund- und Gewerbesteuern.

Aus diesem Gründen hat sich eine Interessengemeinschaft „**Bezahlbares Leben für Alle**“ gebildet, die sich mit dem Thema beschäftigen will. Als erste Aktion soll eine Kundgebung in Bornheim stattfinden.

Gemäß der Programmatik der ABB unterstützen wir Initiativen von Bürgern, sofern weitgehende Übereinstimmung mit den Inhalten festgestellt werden kann. Das ist bei der Interessengemeinschaft eindeutig gegeben. Aus diesem Grunde unterstützt die ABB und die ABB-Fraktion diese Initiative inhaltlich und personell.

Wir drucken deshalb den Aufruf zur Kundgebung hier ab. **Bitte nehmen Sie zahlreich an dieser Veranstaltung teil.**

Kontakt ABB:  
bornheimer123@yahoo.de - 0151-72211101

**Kundgebung****Bezahlbares Leben für alle!****03. Dezember 2022, 11 Uhr,  
Peter-Fryns-Platz, 53332 Bornheim****- Keine Bereicherung der Energiekonzerne -**

Die Energiekonzerne verzeichnen Gewinnzuwächse in Milliardenhöhe und die Bürger wissen nicht mehr, wie sie diese hohen Preise für Energie(n) bezahlen können. Für dieses Ungleichgewicht gibt

es einen Grund, die **Merit-Order**.

Aber, die Merit-Order ist keine Vorschrift, sondern ein Modell, welches beschreibt, wie der Kraftwerkseinsatz in Europa anhand der Strommarktnachfrage, geregelt wird. Sie führt zu Rekordgewinnen der Energiekonzerne und zu den teuren Energiepreisen im Markt. Die Energiepolitik darf sich nicht im Sparen, Verbieten und Abschalten erschöpfen. Zu hohe Energiekosten zerstören private und kommunale Haushalte. Gewinne werden privatisiert, Verluste werden sozialisiert.

**Wir fordern die Aussetzung der Merit-Order und ein Ende der Umverteilung von unten nach oben!**

**- Keine Mehrwertsteuer-Bereicherung des Staates -**

Dank steigender Preise nahmen die **Steuereinnahmen** von Bund und Ländern im 1. Halbjahr 2022 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 17,5% zu. Demgegenüber stehen 13,4 Millionen Menschen, die von **Armut** betroffen und 2 Millionen, die auf die **Tafel** angewiesen sind.

**Wir fordern die Mehrwertsteuererhöhung von 16% auf 19% (von 2007 und 2021) zurückzunehmen sowie eine Aussetzung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel zu beschließen.**

**- Gegen das Ausbluten der Sozialsysteme -**

Der Staat bestellt gern auf fremde Rechnung und überlässt das Zahlen den Bürgern. Damit aber unterminiert er die Sozialkassen. Das gilt für die **Rentenkasse** und **alle Krankenkassen**. Auch Asylmissbrauch schädigt die Sozialsysteme. Die Finanzlöcher in den Sozialkassen werden immer grö-

ßer, unsere Renten sind nicht mehr sicher.

**Schluss mit dem plündern der Sozialkassen, um durch den Staat verschuldete Finanzlöcher zu stopfen!**

**- Gegen die Vernichtung des Mittelstandes -**

Die Energie- und Produktionskosten für z.B. Bäckereien sind in den vergangenen Monaten um 70 (!)% gestiegen. Deutschland ist dabei, den Mittelstand und das Kleinunternehmertum zu zerstören. Internationale Konzerne werden teilweise nicht besteuert und haben damit Wettbewerbsvorteile.

**Wir fordern den Erhalt des Mittelstandes in Deutschland!**

**- Gegen die Deindustrialisierung Deutschlands -**

Nicht nur aus dem Mittelstand häufen sich die Meldungen über Unternehmen, die ihre Produktion in Deutschland einschränken oder einstellen. Auch immer mehr Großkonzerne kündigen an, ihre heimischen Kapazitäten u. a. wegen der Energiekostenexplosion abzubauen und in andere Länder auszuweichen (z. B. BASF, Arcelor-Mittal, Automobilindustrie, Dieselmotorproduktion).

**Wir fordern den Erhalt der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und die Sicherung der Zukunft unserer Kinder!**

**Wir sind für bezahlbare Energie, Mieten und Lebensmittel! Denn Politik muss menschlich bleiben!**

**Interessengemeinschaft: Bezahlbares Leben für alle!** V.i.S.d.P.: Guido Dartenne, Lücherweg 13, 53332 Bornheim, Kontakt: bezahlbares.leben@gmx.de  
Anmerkung: Quellenachweise siehe Internetversion.

Paul Breuer